Streit ums Wasser

Autor(en): **Luterbacher, Urs / Wiegandt, Ellen**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur**

Band (Jahr): **87 (2007)**

Heft 11

PDF erstellt am: **03.05.2024**

Persistenter Link: https://doi.org/10.5169/seals-167859

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

Wer oben am Fluss lebt, kann demjenigen weiter unten das Wasser abgraben. Hier liegt der Kern eines klassischen Ressourcenkonflikts in vielen Teilen der Welt.

(6) Streit ums Wasser

Urs Luterbacher & Ellen Wiegandt

Global gesehen gibt es keinen Wassermangel. Die regionale Verteilung hingegen ist problematisch. Länder wie Turkmenistan, Ägypten oder Syrien sind weitgehend von den Wasserressourcen ausserhalb ihrer Grenzen abhängig. Und auch in ansonsten gut versorgten Ländern kann es für die Verbraucher deutliche Unterschiede in der Wasserversorgung geben, je nachdem, ob sie sich am Ober- oder Unterlauf eines Flusses befinden. Landwirtschaft, Industrie, die Energieproduktion und der private Verbrauch sorgen für eine gesteigerte Nachfrage nach einer Ressource, die als Folge des Klimawandels und von Verschmutzung durch Übernutzung immer knapper wird. Wie kann eine gerechte und effiziente Verteilung erreicht werden?

Beim Kampf um das Wasser entscheidet oft der erste Streich. Dieser Erstschlagsvorteil kann noch durch geographische Umstände verstärkt werden, etwa durch eine Lage weiter flussaufwärts, oder durch technische Bedingungen, wie etwa die Möglichkeit, mehr Wasser aus gemeinsamen Reserven zu pumpen. Wenn eine Erstschlagssituation eintritt, können die benachteiligten Nutzer zur Überzeugung gelangen, es sei ihnen etwas entrissen worden, das sie während Jahrhunderten besessen hätten, wodurch dann die Bereitschaft zum Konflikt wächst. Wenn zum Beispiel ein flussaufwärts gelegener Staat einen Staudamm zur Bewässerung oder zur Energiegewinnung baut, wird dies vor allem ihm nützen. Die tiefergelegenen Staaten dagegen werden diese neue Lage als einen irreversiblen und permanenten Verlust empfinden.

Der Nahe Osten ist ein Beispiel. Von dem wenigen Regenwasser, das in Jordanien, Syrien und Israel fällt, geht das meiste durch Verdunstung sofort wieder verloren. Daraus ergibt sich für eine nachhaltige Wassernutzung ein immer grösseres Manko. Für 1999 zeigen Zahlen der Weltbank, dass Israel (einschliesslich Westjordanland und Gaza) jährlich 1,7 Milliarden Kubikmeter Frischwasser verbraucht. Von diesem Wasser stammen 45 Prozent aus Gebieten ausserhalb Israels: 42 Prozent vom Golan und aus Gaza, drei Prozent aus dem Libanon, aus Jordanien und aus Syrien. Dies entspricht einem jährlichen Pro-Kopf-Verbrauch von 180 Kubikmeter auf die Gesamtheit aller Bevölkerungsgruppen gerechnet, oder 370 Kubikmeter je Israeli in Israel selbst, bis zu 156 Kubikmeter je Palästinenser und bis zu 1714 Kubikmeter je israelischen Siedler in den besetzten Gebieten. Diese letzte Zahl illustriert die grossen Quantitäten, die für die Landwirtschaft gebraucht werden: für diese verwendet Israel insgesamt 64 Prozent des entnommenen Wassers. Vom Wasser des Westjordanlandes beansprucht Israel jährlich 483 Millionen Kubikmeter, während für die Palästinenser lediglich 118 Millionen Kubikmeter ihres eigenen Wassers verbleiben.

Das Jordanbecken blickt auf eine lange Geschichte von Wasserverteilungsproblemen zurück. Nach dem ersten arabisch-israelischen Krieg beschloss Israel, seine Landwirtschaft zu forcieren und errichtete entsprechende Bewässerungssysteme. 1953 wurde das nationale Wasserverbundsystem in Betrieb genommen, durch das Wasser durch offene Kanäle, Tunnel und Wasserreservoirs vom See Genezareth im Norden zur Negevwüste im Süden transportiert wird. Dieses Projekt wurde ungeachtet der massiven Proteste der arabischen Nachbarn durchgezogen und führte nahe an einen Krieg. Die Besetzung des Westjordanlandes und des Gazastreifens 1967 bescherte Israel die Kontrolle über die wichtigsten Grundwasserleiter – Gesteinskörper mit Hohlräumen –, und eine Reihe weiterer Pump- und Bewässerungsprojekte wurde eingeleitet. Zusammen mit dem steigenden Lebensstandard führten diese Entwicklungen zu deutlichen Steigerungen des Wasserverbrauchs.

Ähnliche Differenzen belasten die Beziehungen zwischen der Türkei und Syrien, die um das Wasser des Euphrat konkurrieren. Die Türkei befindet sich flussaufwärts; knapp 90 Prozent aller Euphrat-Zuflüsse haben ihren Ursprung auf ihrem Gebiet. Syrien kontrolliert lediglich rund 10 Prozent des Wassers, der Irak gar nichts. Aus ihrer dominanten Position heraus lancierte die Türkei das Südostanatolische Wasserprojekt, das zum Bau mehrerer Dämme führte. Diese und die mit ihnen verbundene Landwirtschafts- und En-

«07-N-2.1» und «07-N-2.2», Clear-LightJet-Fachprints in Leuchtkästen, 29.5 x 93.5 cm, San Vito al Tagliamento 2007

ergieproduktion liegen in den von der kurdischen Minderheit beherrschten Landstrichen. Da die Zuwanderung wegen der guten Wasserversorgung hoch war, entstanden Spannungen und separatistische Strömungen, wie die Arbeiterpartei Kurdistans (PKK).

Die Türkei könnte die Wassermenge des Euphrats bis zu 70 Prozent und diejenige des Tigris bis zu 40 Prozent drosseln. Während Syrien für den Euphrat eine Mindestwassermenge von 700 Kubikmeter pro Sekunde verlangt, will die Türkei dagegen höchstens 500 Kubikmeter garantieren. Hinzu kommt, dass das Südostanatolische Wasserprojekt erst 2030 fertiggestellt sein wird. Bis zu jenem Zeitpunkt könnte der syrische Anteil am Euphrat auf 300 Kubikmeter fallen. Kein Staat würde sich derart abspeisen lassen. Auch greift Syrien zu Druckmitteln. Einerseits unterstützt es gegen die Türkei gerichtete Aufstandsbewegungen, wie etwa die PKK. Anderseits macht es mit Nachdruck seinen Anspruch auf Hatay geltend, ein früher syrisches, 1939 türkisch gewordenes Gebiet im nordwestlichen Grenzgebiet Syriens zur Türkei.

Die Türkei befindet sich flussaufwärts; knapp 90 Prozent aller Euphrat-Zuflüsse haben ihren Ursprung auf ihrem Gebiet. Syrien kontrolliert lediglich rund 10 Prozent des Wassers, der Irak gar nichts.

Ein drittes Beispiel für einen Wasserkonflikt findet sich in Zentralasien. Die Beziehungen der früheren Republiken wurden von der starken Zentralgewalt der UdSSR kontrolliert; unabhängig geworden, gerieten sie in die klassische Oberlauf-Unterlauf-Situation. Wasser von den Amu-Darya- und Syr-Darya-Flussystemen spielt eine zentrale Rolle für die Land- und Energiewirtschaft Kirgistans, Tadschikistans, Turkmenistans, Usbekistans und Kasachstans. Die wichtigste Einnahmequelle in Turkmenistan und Usbekistan ist die Baumwolle, deren Anbau zu Sowjetzeiten forciert worden war, um harte Devisen zu generieren. Der Raubbau an den Wasserressourcen, der nötig war, um die Baumwollfelder zu bewässern, führte zur Austrocknung des Aralsees, dessen Fläche seit der zweiten Hälfte der 1980er Jahre um 35 Prozent und dessen Wassermenge um 58 Prozent abgenommen hat. Das in der Landwirtschaft gebrauchte Wasser wurde wegen dieser Anbaupolitik den weiter flussaufwärts gelegenen Gebieten Kirgistans und Tadschikistans entzogen, die für 50 Prozent ihrer Energieproduktion von Wasserkraft abhängen.

Um einen Ausgleich zu erreichen zwischen Kirgistan und Tadschikistan auf der einen Seite und den weiter flussabwärts gelegenen Kasachstan und Usbekistan auf der anderen Seite wurden 1992 die Verträge von Almaty geschlossen. In diesen spiegelt sich die Vorzugsstellung, die Kasachstan und Usbekistan zu Sowjetzeiten eingenommen hatten. Doch Kirgistan und Tadschikistan planen, nunmehr den eigenen bewässerungsintensiven landwirtschaftlichen Anbau wie auch die Energieproduktion ebenfalls hochzufahren. Im Augenblick ist dies kaum möglich, da sie politisch schwach und ausserdem auf die Kohle und das Gas angewiesen sind, die in den flussabwärts gelegenen Republiken produziertt werden. Besonders kritisch wurde die Situation, als Usbekistan und Kasachstan nach der Unabhängigkeit Marktpreise für Gas und Kohle einführten. Kirgistan konnte diese höheren Preise nicht bezahlen. Als Ausweg steigerte es die Energieproduktion, um die Einkünfte zu erhöhen, was eine Verminderung der für Usbekistan und Kasachstan verfügbaren Wassermengen und einen Bruch der Almaty-Verträge nach sich zog. Als Folge unterlagen die flussaufwärts gelegenen Staaten Repressalien durch die flussabwärts gelegenen, die sich weigerten, Energie gegen Wasser zu liefern.

Wie könnten Kooperationsstrategien zur Lösung solcher Wasserprobleme aussehen? Freiwillige Beschränkung kann den Konflikten um das Wasser den symbolträchtigen Stachel nehmen, der mit Souveränitätsreflexen zusammenhängt. Der Haken liegt darin, dass ein solches Vorgehen bei asymmetrischen Verhältnissen, etwa einer Oberlauf-Unterlauf-Situation, mit Schwierigkeiten behaftet ist. Beispiele sind die syrische Unterstützung für türkische Rebellen oder der Lieferstopp für fossile Brennstoffe in Zentralasien. Allerdings liessen sich auch positive Umkehreffekte für zwei Länder oder Regionen denken, wenn diese sich den Nutzen teilten, indem etwa in einem landwirtschaftlich weniger geeigneten Landstrich Industrie angesiedelt und dafür Energie von einem flussaufwärts realisierten Dammprojekt verfügbar gemacht würde. Für hochgelegene, aber relativ arme Länder wie Kirgistan und Tadschikistan könnten sich solche Arrangements als vorteilhaft erweisen. In solchen Fällen könnten internationale Organisationen, wie die Weltbank, entsprechende Konzepte ausarbeiten, die zu positiven Umlagerungseffekten und der Lösung ansonsten verfahrener Asymmetriekonflikte führen könnten.

URS LUTERBACHER
ist Professor für Politikwissenschaft am Institut universitaire de hautes études internationales in Genf.

ELLEN WIEGANDT
ist promovierte Anthropologin und arbeitet am Institut universitaire de hautes études internationales in Genf.